Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 8 (1968)

Artikel: Die politischen Wissenschaften in Polen

Autor: Ehrlich, Stanislaw

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-171283

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN IN POLEN

von

STANISŁAW EHRLICH

Professor an der Universität Warschau

I. Vorbemerkungen

Die grossen Veränderungen auf politischem, sozio-ökonomischem und kulturellem Gebiet, die in Polen nach dem zweiten Weltkrieg erfolgt sind, machen die Darstellung des Standes der politischen Wissenschaften durch einen einzigen Autor sehr schwierig. Ist es doch ein Autor, der — um es gleich zu sagen — selber in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen steht und in seinem Land eine sehr bestimmte Richtung vertritt. Das Bild, das er dem ausländischen Leser vermittelt, kann somit nicht frei von Subjektivismus sein, da und dort nicht einmal frei von einem oberflächlichen Zug, was auf den begrenzten Rahmen des Artikels und auch auf die wechselreiche letzte Periode unserer modernen Geschichte zurückzuführen ist; das erschwert die Auswahl der Tatsachen sehr. Endlich darf der vorliegende Aufsatz nur als einführende Orientierung betrachtet werden, die aus einem wissenschaftlichen Kreis stammt, der sich auf eine lange Tradition von politischen Schriften stützen kann und auf diesem Gebiet nicht unter einem Arme-Verwandte-Komplex zu leiden hat.

Rufen wir uns in Erinnerung, dass das politische Denken in Polen bis in die Renaissance zurückgeht und unter seinen Vertretern auch im Ausland bekannte Namen zählt wie Paweł Włodkowic, Stanisław von Skarbimierz, Ostroróg (Monumentum pro comitiis generalibus sub rege Casimiro pro rei publicae ordinatione congestum), Frycz-Modrzewski (De republica emendanda), Orzechowski (Oratio Reipublicae Polonae) und andere mehr. In der polnischen Glanzzeit lebten diese Traditionen unter einer berühmten Gruppe politischer Schriftsteller wieder auf, besonders durch Hugo Kołłątaj, Stanisław Staszic und Stanisław Konarski. Leider war die Katastrophe des polnischen Staates zu dieser Zeit schon unvermeidlich und wurde hierauf durch die Teilungen besiegelt. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts dominieren die Namen von Joachim Lelewel, Karol Libelt, Maurycy Mochnacki und Stanisław Worcell. Schliesslich wurde die Grundlage für die Methodologie der politischen Wissenschaften durch berühmte Autoren vor dem ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit gelegt, so durch Léon Petrazycki (der auf polnisch, russisch und deutsch schrieb), den Begründer der psychologischen Schule, durch Ludwik Gumplowicz, den Begründer

der soziologischen Schule, Professor an der Jagello-Universität in Krakau und in Graz, durch den in England lehrenden Anthropologen Bronisław Malinowski und durch den Soziologen Floryan Znaniecki, der seine wissenschaftliche Tätigkeit an der Universität von Posen und in Amerika entfaltete. In Polen selber haben sich besonders Kazimierz Kelles-Krauz, Edward Abramowski, Bolesław Limanowski und Ludwik Krzywicki als Autoren hervorgetan, die stark mit der Arbeiterbewegung verbunden waren. Mit solchen Traditionen und Leistungen sind die politischen Wissenschaften in die Zwischenkriegszeit eingetreten.

II. Die Zwischenkriegszeit: Forschungsrichtungen, Institutionen

Abgesehen von politischen Schriftstellern, die in Verbindung mit der Tätigkeit verschiedener Parteien auftraten, sind einige akademische Zentren zu nennen, welche bestrebt waren, die politischen Probleme mit wissenschaftlicher Strenge zu untersuchen. Wie in Frankreich waren es meist Professoren des Rechts, die den Anstoss zum Studium politischer Probleme gaben: Leon Petrazycki, der besonders zur Rechtsphilosophie hinneigte und bis zu seinem tragischen Ende durch Selbstmord Professor an der Warschauer Universität war, Czesław Znamierowski und Jerzy Lande, danach Oswald Balzer und Stanisław Kutrzeba, Professoren für Rechtsgeschichte, Wacław Komarnicki und Antoni Peretatkowicz, Professoren für Verfassungsrecht, Michał Rostworowski, Ludwik Ehrlich und Julian Makowski, Professoren für internationales Recht, sowie Tadeusz Bigo, Władysław L. Jaworski, Kasznica und Jerzy Langrod, Professoren für Verwaltungsrecht. Die klassischen politischen Probleme wurden zuerst angegangen von den Ökonomen Oskar Lange, Edward Lipiński, Roman Rybarski, von den Historikern Szymon Askenazy und Władysław Konopczyński, von den Soziologen Aleksander Hertz, St. Rychliński, Florian Znaniecki und Jósef Chałasiński sowie von den Urhebern der sozialpolitischen Forschung Z. Daszyńska-Golińska und W. Krzeczkowski.

Erwähnenswert sind auch die beiden Monographien über die politischen Parteien von Z. Gross und Z. Wachlowski. Einen gewissen Ruf haben sich ferner die Bücher des talentierten Publizisten K. Srokowski erworben, der nicht aus akademischen Kreisen stammte. Diese Periode war durch fragmentarische Forschungen gekennzeichnet, übrigens genau gleich wie im Westen.

Obschon die eigentlich politikwissenschaftlichen Leistungen in dieser Periode nicht von Bedeutung sind, konnte doch eine organisatorische Basis zur Entwicklung der politischen Wissenschaften geschaffen werden. In Verbindung mit den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten haben sich höhere Schulen für politische Wissenschaften gebildet: in Krakau unter der Leitung von Professor M. Rostworowski und in Lwów (Professor L. Ehrlich) wie auch in Warschau, wo die Schule sich unter der Leitung von Professor Reyman noch weiter entwickelte. Andererseits trug die Enzyklopädie der politischen Wissenschaften, die 1924 und 1939 herausgegeben

wurde, viel dazu bei, die politischen Wissenschaften zu popularisieren. Der nationalsozialistische Angriff auf Polen hat ihre Entwicklung in unserem Land unterbrochen.

III. Die Periode der Volksrepublik Polen: Die Organisation der politischen Wissenschaften

Es ist unmöglich, den Stand der politischen Wissenschaften und ihre Organisationsformen im Nachkriegspolen zu betrachten, ohne sich über gewisse Etappen klar zu sein, welche die polnische Gesellschaft von 1944 bis heute zurückgelegt hat. Die Jahre von 1944 bis 1949/50 bilden eine Periode des freien Gedankenaustausches und geistig unabhängiger Studien der sozialen und politischen Probleme, was leicht anhand der in dieser Zeit erschienenen Publikationen bewiesen werden kann. Die Wende zum zentralistischen Bürokratismus stalinistischer Ausprägung hat die Ausdrucksmöglichkeiten auch im wissenschaftlichen Bereich beträchtlich eingeengt. In dieser Periode ist besonders das Einfrieren der soziologischen Forschung und die Stagnation jeglicher theoretischen Überlegung in den ökonomischen und juristischen Publikationen, aber auch in der Psychologie festzustellen.

Die politische Problematik wird in den Dokumenten der Arbeiterpartei, in der Hochschule der Arbeiterpartei und in deren Veröffentlichungen auf akademischer Basis erörtert — im Rahmen der Vorlesungen über Marxismus-Leninismus, der leider in dogmatischer Weise behandelt wird. Aus der Perspektive der Jahre sieht man, dass das Studium politischer Probleme zum institutionalisierten Monopol der kommunistischen Partei geworden ist. Die Rückkehr zu einer gewissen Demokratisierung war von einem Umbruch in der Wissenschafts- und Kulturpolitik begleitet, der es ermöglichte, den Dogmatismus zu überwinden und die zu wissenschaftlicher Strenge neigende Richtung des Marxismus, d.h. den offenen Marxismus zu begründen. Diese Wendung musste natürlich konkrete Neuerungen mit sich bringen, sowohl in mit den politischen Wissenschaften verbundenen Institutionen als auch in den realen Möglichkeiten, Forschung zu betreiben und deren Resultate zu veröffentlichen.

Aus der oben beschriebenen Situation wird klar, warum die nach Kriegsende rasch neu auflebenden akademischen Zentren der politischen Wissenschaften in Krakau und Warschau nach einigen Jahren aufgehoben werden mussten und warum das Studium der Soziologie mit ihrer so glänzenden Tradition auf ein Minimum reduziert wurde und aus dem offiziell anerkannten Stoffpensum verschwand.

Den Auftakt zu den Neuerungen bildete die Errichtung des Komitees für politische Wissenschaften in der Polnischen Akademie der Wissenschaften (1953), die durch den Präsidenten der Akademie, Tadeusz Kotarbiński, unterstützt wurde. Der bekannte Ökonome Professor Lipiński übernahm die Leitung des Komitees. Es war freilich erst eine kleine Gruppe Diskussionsfreudiger, deren Tätigkeit vor der Öffentlichkeit verborgen blieb. 1960 ver-

wandelte sich dieses Komitee in die Polnische Vereinigung für politische Wissenschaften. Diese entfaltete eine beträchtliche Aktivität und erreichte mit ihrem Wirken alle Universitätszentren. Ausserhalb Warschaus wurden Sektionen in Krakau, Wrocław, Poznań, Lublin und Toruń gegründet. Gegenwärtig werden neue Sektionen in Katowice und in Zielona Góra, in Städten ohne Universität, aufgebaut. Die Vereinigung zählt mehr als 300 Mitglieder, die verschiedene Fächer vertreten: Juristen, Soziologen, Ökonomen, Historiker. Der interdisziplinäre Charakter ist ein neues Element, das der Vereinigung auch besondere Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Ist doch der Tätigkeitsbereich der andern wissenschaftlichen Vereinigungen spezialisiert und klar abgegrenzt. Die Vereinigung zählt ausserdem unter ihren Mitgliedern eine gewisse Anzahl von Praktikern auf politischem Gebiet wie etwa Publizisten, Diplomaten und Politiker.

In gewisser Hinsicht zeugen die Statuten vom Geist, der in der Vereinigung herrscht: Sie sehen die geheime Wahl der Organe vor und schliessen die Ausübung der Präsidentenfunktion während zwei aufeinanderfolgenden Perioden aus.

Die Vereinigung beschränkt sich nicht darauf, systematisch öffentliche Vorträge und zwei- oder dreimal jährlich wissenschaftliche Sitzungen zu organisieren, sondern führt auch Vortragszyklen in grösseren Städten der Provinz durch. Die organisatorische Konsolidierung der Vereinigung hat im Dezember 1967 die Einberufung des ersten nationalen Kongresses für politische Wissenschaften nach Warschau ermöglicht.

Als Mitglied der Internationalen Vereinigung für politische Wissenschaft nimmt die Polnische Vereinigung für politische Wissenschaften seit 1955 [1] regelmässig an Kongressen und Rundtischgesprächen aktiven Anteil. Die Aufzählung aller Veranstaltungen in diesem Bereich würde zuviel Raum beanspruchen; erwähnen wir nur, dass unsere Vereinigung 1966 das Vergnügen hatte, die IVPW zu einer Konferenz am Runden Tisch in den Prinz-Poniatowski-Palast nach Jabłonna (bei Warschau) einzuladen. Auf der Tagesordnung standen folgende Themen: Die politische Rolle wirtschaftlicher Organisationen, Theorie und Praxis der Repräsentation und der Universitätsunterricht auf dem Gebiet der politischen Wissenschaften in den sozialistischen Staaten. Die polnische Delegation am Kongress der IVPW in Brüssel (September 1967) zählte mehr als zehn Personen, und eines ihrer Mitglieder, Professor Z. Rybicki, war allgemeiner Berichterstatter. Man darf wohl annehmen, dass die Tätigkeit der polnischen Vereinigung auf internationalem Boden nicht ungünstig beurteilt wird, zählt doch das Exekutivkomitee der IVPW seit 1955 ständig einen polnischen Vertreter unter seinen Mitgliedern (nacheinander: O. Lange, St. Ehrlich, J. Wiatr).

Ausserdem hat die Polnische Vereinigung für politische Wissenschaften eine auf englisch verfasste Arbeit über die sozialen und politischen Wand-

---

[1] Kongress in Stockholm, zu dem St. Ehrlich, M. Lachs, O. Lange und S. Zawadzki delegiert wurden.

lungen in Polen [1] herausgegeben, um über dieses Thema ein internationales Gespräch auf wissenschaftlicher Ebene anzuregen. Seit 1967 erscheint — ebenfalls auf englisch — ein Jahrbuch: « Polish Round Table ». Ausgiebige Kontakte sind mit dem Osten und dem Westen hergestellt worden; das ermöglicht die Fortsetzung eines Gesprächs durch zahlreiche Kanäle und die Konfrontation der Meinungen auf verschiedenen Gebieten.

Die Tätigkeit der Vereinigung hat eine für die organisatorische Entwicklung der politischen Wissenschaften günstige Atmosphäre geschaffen. Ein neuer Unterrichtsgegenstand, die Grundlagen der politischen Wissenschaften, wird beinahe an allen höhern Schulen, mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten und Kunstakademien behandelt. An den sozialwissenschaftlichen Fakultäten erfahren die Probleme der politischen Wissenschaften ausreichende Beachtung. Letztes Jahr wurde an der Warschauer Universität innerhalb der Philosophisch-soziologischen Fakultät das Institut für politische Wissenschaften geschaffen (Direktor M. Zychowski) und an der Universität von Poznań ein analoges Institut (Direktor: A. Łopatka).

Die Probleme der politischen Wissenschaften stehen auch auf den Programmen verschiedener Abteilungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften, so des Instituts für Rechtswissenschaft, des Zentrums für Soziologie und politische Beziehungen [2] im Institut für Philosophie und Soziologie, des Zentrums für Wirtschaftswissenschaften, des Lehrstuhls für Soziologie an der Politischen Akademie der polnischen Armee wie auch der entprechenden Lehrstühle der rechts-, wirtschafts- und geschichtswissenschaftlichen Fakultäten. In folgenden Zeitschriften werden relevante Themen der politischen Wissenschaften behandelt: « Państwo i Prawo » (Staat und Recht), « Studia Sociologiczne » (Soziologische Studien), « Studia Sociologiczno-Polityczne » (Soziologisch-politische Studien), « Kultura i Społeczeństwo » (Kultur und Gesellschaft), « Nowe Drogi » (Neue Wege), « Ekonomista » (Der Ökonom), dazu in englischer Sprache in « The Polish Sociological Bulletin » und « Polish Round Table ».

IV. Die Periode der Volksrepublik Polen: Strömungen, Probleme, Leistungen

a) Gegenstand, Methodologie

Die Diskussion über den Gegenstand der politischen Wissenschaften ist in Polen anders verlaufen als im Westen. Seit der von der UNESCO 1948 organisierten Konferenz der Spezialisten in den politischen Wissenschaften ist die Einstellung, wie man weiss, einheitlich geworden. Das pluralistische Konzept wurde aufgegeben. Es ist durch die Anerkennung einer einzigen politischen Wissenschaft ersetzt worden, wobei man eine Liste der Probleme

---

[1] *Social and Political Transformations in Poland,* Warsaw 1964.

[2] Dieses Zentrum hat 1967 unter der Leitung von J. Wiatr in englischer Sprache eine Aufsatzsammlung *Studies in Polish Political System,* Warsaw 1967, herausgegeben.

erstellte, die den Rahmen der Forschung bestimmte [1]. Es ist ebenfalls bekannt, dass man im Westen der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Soziologie der Politik und politischer Wissenschaft ein gewisses Gewicht beimass: auf der einen Seite stand das Konzept von Bendix und Lipset, das einen Trennungsstrich zwischen beiden beobachtet [2] und auf der andern dasjenige von Maurice Duverger, das sie identifiziert [3].

Die Diskussion in Polen nahm einen anderen Verlauf, weil alle Beteiligten als Ansatzpunkte die marxistische Methode und die marxistischen Konzeptionen wählten [4]; damit traten aber auch — trotz der Annahme einer gemeinsamen Basis — ernsthafte Differenzen zwischen den einzelnen Ansichten zutage. Das darf jedoch nicht erstaunen. Übereinstimmung in den Makroproblemen schliesst Meinungsverschiedenheiten auf der unteren Stufe nicht aus.

Das erste Problem erregte keine heftigen Auseinandersetzungen. Die Tendenz, das in den Vordergrund zu rücken, was das « Politikum » der verschiedenen Sozialwissenschaften (Rechts-, Wirtschafts-, Geschichtswissenschaft und Soziologie) ausmacht, drängte zum Pluralismus der politischen Wissenschaften; das hat sich unter anderem im Namen der polnischen Vereinigung niedergeschlagen. Dabei haben auch gewisse taktische Überlegungen gegenüber der Gesellschaft eine Rolle gespielt. Der Rückstand konkreter Forschungen, besonders empirischer Forschungen, legte es nahe, mit der Präsentierung der Forschungsergebnisse zu beginnen und danach erst zu besprechen, ob es nützlicher sei, neue Disziplinen zu schaffen oder die bestehenden zu differenzieren. Im Kreis der polnischen politischen Wissenschafter ist man zur Ansicht gekommen, dass die Frage « politische Wissenschaften » oder « politische Wissenschaft » ein zweitrangiges Problem sei und — wie es die Praxis bestätigt hat — den Gedankenaustausch zwischen Ost und West keinesfalls hemme.

Im Gegensatz dazu hat die zweite Frage eine Kontroverse verursacht. Diese spielte sich aber nicht so sehr auf der Ebene der Differenzen zwischen Soziologie der Politik und politischer Wissenschaft ab, denn es hat sich über die Identität der beiden Disziplinen eine gemeinsame Ansicht herausgebildet, wobei Identität den Sinn hat, dass das Studium politischer Phänomene in gleicher Weise auch ein natürliches Feld der Soziologie ist. Es handelte sich vielmehr um die Stellung dieser Disziplin im Rahmen des Marxismus.

Der Streit wurde hervorgerufen durch den Artikel Julian Hochfelds: « Der Marxismus und die Soziologie der politischen Beziehungen [5] ». Er

---

[1] Sammelband *La science politique contemporaine*, Contribution à la recherche, la méthode et l'enseignement, UNESCO, Paris 1950, p. 4.

[2] R. Bendix, S. M. Lipset, « Political Sociology », in *Current Sociology*, vol. VI, n° 2/1957, p. 87.

[3] M. Duverger, « Introduction à une sociologie des régimes politiques », in G. Gurvitch, *Traité de sociologie*, vol. II, Paris 1960, p. 3.

[4] Zu diesem Thema: A. Schaff und S. Ehrlich, « La conception du matérialisme en science politique », in *La science politique contemporaine*, UNESCO, Paris 1950, p. 336s.

[5] *Studia Socjologiczno-Polityczne*, n° 1/1958.

vertrat die These, dass die politische Wissenschaft eine zentrale und verbindende Disziplin auf dem Gebiet der politischen Phänomene werden müsse. Auf dieser Grundlage sollte mit der allmählichen Übernahme des soziologischen Gesichtspunktes durch die verschiedenen Einzelwissenschaften eine fortschreitende Integration stattfinden. Diese Auffassung ist auf Widerstand gestossen, da sie der marxistischen Tradition entgegenstand; diese besagt, dass man *verschiedene spezielle Forschungsmethoden* auf die politischen Phänomene anwenden müsse. Sie liess sich auf die Dauer nicht halten, weil sie die Tendenz verkörperte, ein Forschungsmonopol für eine Disziplin oder eine Schule zu errichten. So ist denn das durch Prof. Hochfeld aufgeworfene Problem nicht mehr aufgetreten, als einige Jahre später, 1962, die Polnische Vereinigung für politische Wissenschaften eine wissenschaftliche Zusammenkunft organisierte, an welcher die Integration der Sozialwissenschaften aus dem Blickwinkel eines Soziologen (Jan Sczepański), eines Ökonomen (Włodimierz Brus) und eines Juristen (Stanisław Ehrlich) behandelt wurde. Eines der Resultate der Diskussion unter den Teilnehmern war, dass man zur Überzeugung gelangte, in dieser Etappe müsse die Integration ganz einfach als Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den sozialwissenschaftlichen Disziplinen verstanden werden. Also gibt es einen gemeinsamen Nenner, auf den die differenzierten politischen Wissenschaften zurückgeführt werden können.

Einen anderen Charakter hat die Kontroverse auf rechtswissenschaftlichem Boden gehabt. Ich habe sie selber provoziert mit der Studie: « Über den 'Dogmatismus des Rechts' » (einer polemischen Schrift über die Methodologie des Rechts) [1]. Darin werden Vorwürfe gegen den traditionellen Formalismus erhoben, der im Rechtspositivismus zum Ausdruck kommt und der sich in einer ganzen Reihe von Einzeldisziplinen erhalten hat. Die Modernisierung der Forschungsmethoden ist ein Mittel zur Überwindung der Isolation der Rechtswissenschaften und zur Einleitung einer interdisziplinären Zusammenarbeit mit andern Sozialwissenschaften, daneben auch ein Mittel, die Rechtswissenschaften zu politisieren. Diese sind somit gleichfalls dazu aufgerufen, die politischen Phänomene zu untersuchen, was jedoch wegen des Formalismus und Technizismus vieler Professoren der Rechte auf Schwierigkeiten stösst.

Der « offene Marxismus » in den politischen Wissenschaften Polens stellt die Möglichkeit und Absicht dar, die marxistische Makrotheorie durch Einzelresultate der westlichen politischen Wissenschaft zu ergänzen. Dieser Prozess darf weder unüberlegt noch überkritisch durchgeführt werden. Im Bereich der Methodologie heisst das auch die grundlegenden methodologischen Thesen des Marxismus durch Berücksichtigung spezieller Methoden, die ihnen nicht widersprechen, ergänzen.

---

[1] Im Sammelband *Studia z teorii prawa* (unter der Leitung von St. Ehrlich), Warszawa 1965. Diese Abhandlung ist gekürzt erschienen in *Polish Round Table*, n° 1/1967, auf englisch, in *Informations sur les sciences sociales*, vol. V, mars 1966, auf französisch und in « *Der Staat* », Nr 4/1966, auf deutsch.

All das erklärt den lebhaften Dialog, den die polnischen Erforscher politischer Phänomene mit dem Westen führen.

b) Die Theorie der Politik und die Geschichte der politischen Ideen.

Nur eine kurze Zeitspanne liegt zwischen uns und dem Beginn der Erforschung politischer Phänomene mit der heute in den Sozialwissenschaften üblichen Strenge. Diese Zeit hat zur Ausarbeitung einer umfassenden und vollständigen Theorie der Politik nicht ausgereicht. Dagegen verfügen wir über Studien der komplexen Zusammenhänge der Probleme, die uns sicherlich bei der Ausarbeitung einer solchen Theorie einmal nützlich sein werden. Diese Studien finden wir sowohl in den Handbüchern der Soziologie und Volkswirtschaft wie in monographischen Schriften. Erwähnen wir hier die « Politische Ökonomie » von Oskar Lange, die « Soziologie» von Szczepański, das Werk « Der Marxismus und das Individuum » von Adam Schaff, die « Studien zur marxistischen Gesellschaftstheorie » von Julian Hochfeld, den « Abriss der marxistischen Gesellschaftstheorie » und die « Visionen der humanen Welt » von Zygmunt Bauman, die « Einführung in die Organisationstheorie » von Maria Hirszowicz, die « Soziologischen Studien über die sozialen Klassen und Schichten » von Włodzimierz Wesołowski, die « Gedanken zum historischen Materialismus und zur Soziologie » sowie « Dämmerung in der ideologischen Aera ? » von Jerzy Wiatr. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang auch noch mein Buch « Die Macht und die Interessen » (eine Studie zur politischen Struktur des Kapitalismus) zu erwähnen.

Was die Geschichte der politischen Ideen betrifft, so ist auf das Werk « Geschichte der politischen Doktrinen » von Konstanty Grzybowski und auf Mieczysław Manelis « Kunst der Politik » aufmerksam zu machen.

Erwähnen wir noch als Schriften monographischen Charakters diejenige von Maria Borucka-Arctowa über das Naturrecht und « Die Theorie und Soziologie des Rechts in den Vereinigten Staaten » von Kazimierz Opałek und Jerzy Wróblewski. Ausserdem sind Monographien über die politischen Ideen des Marxismus und die politischen Denker Polens erschienen.

c) Politische Institutionen

Die Bibliographie über Probleme der Verfassung ist nicht reichhaltig. Man kann hier zwei Monographien von Stefan Rozmaryn, « Die Verfassung » und « Das Gesetz », erwähnen. Es muss aber auch auf zwei Schriften Andrzej Burdas über die Legalität (« Demokratie und Legalität » und « Legalität im System der sozialistischen Demokratie ») hingewiesen werden. Dieses Thema wurde ausserdem von Kazimierz Opałek und Witold Zakrzewski (« Probleme, die sich aus der sozialistischen Legalität ergeben »), von Janusz Łętowski (« Die Gerichte des gemeinen Rechts und die Legalität in der Verwaltung ») und schliesslich von mir selbst behandelt.

Die Gesamtheit der politischen Institutionen wurde im Handbuch des Verfassungsrechts von Andrzej Burda dargelegt.

Zahlreich sind auch die Publikationen über die Lokalgewalt, was sich aus dem Dezentralisationsprozess erklären lässt. Dieser Vorgang hat nicht nur eine administrative und industrielle Komponente, sondern er tendiert auch dazu, die Verbindungen der kleinstädtischen Zentren mit ihrem landwirtschaftlichen Hinterland zu aktivieren und die kulturelle Bewegung auf verschiedenen Ebenen des lokalen Bereichs zu beleben.

Das Problem der Lokalgewalt zieht nicht nur das Interesse der Verfassungsrechtler, sondern auch dasjenige der Soziologen auf sich. Sylwester Zawadzki ist Redaktor der Serie « Probleme der Volksräte », welche aufschlussreiche Studien und interessanten Stoff bietet. Daneben kann man auf die Monographien von Zygmunt Rybicki (« Aktivität und Organisation der Volksräte in der Volksrepublik Polen », 1955) und von T. Bigo, J. Jendrośka und J. Wołech (« Die Stellung der Ausschüsse der Volksräte », 1966) hinweisen. Unter den soziologischen Studien sind neben W. Narojeks Monographie « Das Machtsystem in der Stadt » (1967) folgende Artikel von einer gewissen Bedeutung zu erwähnen: « Das Interesse der Einwohner an den Angelegenheiten der Stadt und ihr Einsatz im öffentlichen Leben » von M. Hirszowicz und Z. Sufin [1], « Die Machtstruktur der lokalen Gesellschaft » von Z. Bauman [2], « Das Schema der Institutionalisierung des Lebens in der Stadt » von E. Machocki [3], « Die Rolle der Partei in einer Bezirksstadt » von W. Jakubowski [4]. Bei der Erforschung der Lokalgewalt haben die polnischen Soziologen (unter Leitung von J. Wiatr) eine Zusammenarbeit mit ihren Kollegen in den Vereinigten Staaten, Jugoslawien und Indien begonnen (im Rahmen des Internationalen Rates für Sozialwissenschaften). Diese Forschungen betreffen die Beziehungen zwischen dem Verhalten der lokalen Aktivisten und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Tätigkeit der lokalen Gesellschaft. Die Resultate dieser Arbeit werden voraussichtlich 1969 veröffentlicht.

Der Vorgang, die formalistische Tradition im Positivismus der Rechtswissenschaft zu überwinden, hat seinen Niederschlag auch unter den Spezialisten des Verwaltungsrechts gefunden; es sei nur das Handbuch von Jerzy Starościak (« Abriss der Verwaltungswissenschaft », 1966) erwähnt. Zygmunt Rybicki hat der Funktion der Wirtschaft eine Monographie gewidmet: « Die Probleme der Planwirtschaft für das Verwaltungsrecht » (1968).

Die ausländischen politischen Systeme waren Gegenstand mehrerer Studien: Ludwik Bar hat die gerichtliche Kontrolle der Verwaltung in England behandelt (1962), Wacław Brzeziński die gerichtliche Kontrolle der Verwaltung in Frankreich (1960), Stanisław Gebethner Regierung und Opposition in England (1967), Maria Hirszowicz die Probleme des britischen Staates (1960), Jerzy Stembrowicz das Parlament der französischen Fünften Republik (1963). Janina Zakrzewska hat sich in einer Studie mit den Unterschieden der

[1] *Studia Socjologiczne*, n° 1-4/1962.
[2] *Studia Socjologczno-Polityczne*, n° 12/1962.
[3] *Ebenda*, n° 14/1963.
[4] *Ebenda*, n° 15/1963.

Stellung des Parlaments in der französischen und italienischen Verfassung beschäftigt (1960) und in einer anderen mit der Kontrolle über die Verfassungsmässigkeit der Gesetze (1964). Sylwester Zawadzki ist der Autor einer vergleichenden Studie über den Wohlfahrtsstaat (1964). Wiktor Suchecki hat 1961 das Problem des sowjetischen Föderalismus untersucht und 1968 die erste vergleichende Monographie auf diesem Gebiet herausgegeben (« Die Theorie der Föderation »). Tadeusz Szymczak hat das Verfassungssystem der sozialistischen Staaten studiert (1963) und ich dasjenige der Sowjetunion (1954). Von Jerzy Wiatr liegen Forschungen über verschiedene soziologische Aspekte der militärischen Organisation vor (« Die Armee und die Gesellschaft, Einführung in die Soziologie der Armee», 1960; « Soziologie der Armee », 1960; « Armee, Gesellschaft und Politik in den Vereinigten Staaten », 1962). Diese Art von Forschungen ist neu, und Jerzy Wiatr ist eigentlich der einzige Spezialist Polens auf diesem Gebiet.

d) Parteien, Gruppen, öffentliche Meinung.

Die Erforschung dieser Probleme wurde erst möglich, als der Druck, der vom dogmatischen Marxismus ausging, wich. Die Forschungen haben sich danach sowohl auf die westlichen, als auch auf die sozialistischen Länder gerichtet. Die letzteren bilden den Gegenstand zweier Bücher Adam Łopatkas: « Die Führungsrolle der kommunistischen Partei im sozialistischen Staat, » 1965, und « Der sozialistische Staat und die Gewerkschaften », 1962.

In E. Allardt, Y. Littunen (Ed.): « Cleavages, Ideologies and Party Systems », schrieb J. Wiatr über das Einparteisystem. Die westlichen Probleme wurden behandelt von Z. Bauman (« Klasse — Bewegung — Elite, Eine soziologische Studie über die britische Arbeiterbewegung », 1960), St. Ehrlich (« Interessengruppen in der politischen Struktur des Kapitalismus », 1962) und Wł. Markiewicz (« Die Gesellschaft und die Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland », 1966); ein gemeinverständliches Buch von Sz. Chodak, J. Stroynowski, Z. Bauman und J. Banaszkiewicz (« Die Parteiensysteme im heutigen Kapitalismus », 1962) hat vergleichenden Charakter. Das Gebiet der « nachkolonialen Staaten » bildet den Gegenstand des Werkes von Sz. Chodak: « Die Parteiensysteme in Schwarzafrika » (1963). Schliesslich sei noch ein Artikel W. Zakrzewskis (« Über die Klassifikation der Parteiensysteme ») erwähnt [1].

Fragmentarischen Charakter haben die Studien über die öffentliche Meinung, so Z. Gostkowski: « Das Interesse der Bevölkerung von Lodz an den Wahlen der Volksräte von 1958 » [2], J. Lutyński: « Methodologische Prinzipien und Resultate der Erforschung der öffentlichen Meinung » [3], J. Wiatr: « Elections and Voting Behavior in Poland » [4].

---

[1] *Ebenda*, n° 10/1961.

[2] *Studia Socjologiczne*, n° 2/1961.

[3] *Przeglad Socjologiczny*, vol. XIV, n° 2/1960.

[4] Im Sammelband von A. Ranney (ed.), *Essays in the Behavior Studies of Politics*, Urbana 1962.

e) Internationale Beziehungen

Den Vorrang haben in diesem Bereich die Publikationen des Instituts für internationale Angelegenheiten, die einen breiten Fächer von Problemen entfalten, und diejenigen des West-Instituts in Posen, wo den Studien über deutsche Fragen ein wichtiger Platz eingeräumt wird. Unter den zahlreichen polnischen Studien über internationale Beziehungen zeichnen sich zwei Monographien Longin Pastusiaks aus, welche die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland behandeln: « Die Rolle der Vereinigten Staaten in der Remilitarisierung Deutschlands » (1964) und « Die Politik der Vereinigten Staaten in Deutschland 1945-1949 » (1967), dazu die Studie Alfons Klafkowskis: « Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 » (1964). Auch hat man mit der Publikation von Büchern über die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowohl im sozialistischen Lager, als auch im Westen begonnen (L. Ciamaga) « Von der Kooperation zur Integration, Abriss über die Organisation und Tätigkeit des Comecon von 1949 bis 1964 », 1965; Andrzej Werner, « Die grosse Kraftprobe », 1966); dazu kommen Arbeiten über die internationalen Organisationen: die Studien Wojciech Morawieckis über die internationalen Organisationen (1965) und über die Vereinigten Nationen (1967). Viel Platz wird den Problemen, die sich aus den internationalen Beziehungen ergeben, im neuen Handbuch des internationalen Rechts von Alfons Klafkowski und Ludwik Gelberg eingeräumt.

Man muss auch auf das europäische Zentrum der Sozialwissenschaften in Wien hinweisen, wo wichtige Probleme der politischen Wissenschaften (internationale Beziehungen) angepackt werden: Probleme der Abrüstung und der Hilfe an die Entwicklungsländer. Die polnischen Forscher nehmen auch an diesen Arbeiten teil [1].

V. Ausblick

Der hier dargebotene, leider zu stark nur aufzählende Überblick erlaubt die Feststellung, dass in Polen die Grundlagen für die Entwicklung der politischen Wissenschaften schon gelegt sind. Den Erfordernissen einer industrialisierten sozialistischen Gesellschaft gemäss sind verschiedene Themen behandelt worden. Gleichzeitig empfindet man das Bedürfnis nach einer Didaktik für die politischen Wissenschaften, dessen Befriedigung nur durch die Institutionalisierung eines entsprechenden Unterrichts an der Universität garantiert werden kann. Es braucht Lehrer für die Schulen, an denen Staatsbürgerkunde als neues Fach eingeführt worden ist. Diese Lehrer aber erhalten ihre Ausbildung im Universitätsstudium der politischen Wissenschaften.

Wir sind uns bewusst, dass eine ganze Reihe von Problemen, die zum Teil noch nicht einmal aufgegriffen worden sind, der Lösung harren. Im Hinblick

---

[1] *Septième Lettre d'Information*, mars 1967, p. 18 s.

darauf ist es in der gegenwärtigen Phase gleichgültig, ob diese Lösung von den Spezialisten der Soziologie, der Rechts-, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft erarbeitet wird oder vielleicht durch interdisziplinäre Zusammenarbeit in verschiedenen Kombinationen oder aber von Forschern, die ganz einfach das Politische als Gegenstand behandeln, sofern sie einen anerkannten Ruf besitzen und sich einer strengen Wissenschaftlichkeit verpflichtet fühlen.

Vor allem werden wir unsere Anstrengungen verdoppeln, um empirische Forschungen über die politischen Phänomene in den sozialistischen Gesellschaften durchzuführen, denn der Rückstand in diesem Bereich macht sich am stärksten bemerkbar, und entsprechende Resultate wären auch für die politische Praxis von grosser Bedeutung.

Anhang

Zur besseren Orientierung des ausländischen Lesers über die Probleme Polens auf dem Gebiete der politischen Wissenschaften mag folgende Wiedergabe des Inhaltsverzeichnisses des Jahrbuchs « Polish Round Table » 1968 dienen:

I. Die polnischen Berichte für den VII. Kongress der IVPW

1. Z. Rybicki — Die politischen Aspekte der Tätigkeit der wirtschaftlichen Organisationen.
2. S. Ehrlich — Die funktionelle und konsultative Repräsentation im Westen.
3. J. Starościak — Das Verwaltungsrecht und die Wissenschaft in den europäischen sozialistischen Staaten.

II. Das politische System

4. M. Waldenberg — Die Entwicklung der Konzeption Lenins vom Parteisystem unter der Diktatur des Proletariats.
5. M. Sobolewski — Bemerkungen über den Charakter der Staatsgewalt.
6. J. Wróblewski — Die Lokalgewalt in Polen im Lichte der empirischen Forschung.

III. Juristisch-soziologische Probleme

7. M. Borucka-Arctowa — Die Soziologie und die gegenwärtigen Auffassungen vom Naturrecht und von den Menschenrechten.
8. J. Górski — Die Arbeitergerichte in Polen.
9. M. Matey — Die Interpretation des Prinzips « Jedem nach seiner Leistung » im polnischen Arbeitsrecht.
10. K. Opałek — Staat und Recht: ein Versuch zur Integration der juristischen und der soziologischen Betrachtungsweise.
11. Der Volksbeisitzer im Strafprozess im Lichte der empirischen Forschung.

IV. Oskar Lange als Vertreter der Volkswirtschaftslehre

12. C. Bobrowski — Oskar Lange und die Entwicklung der sozialistischen Planung.

V. Die Landwirtschaftspolitik

13. B. Gałęski — Die Aussichten des Privatbetriebs in Polen.
14. Z. Wierzbicki — Die theoretischen Probleme der kollektiven Betriebsführung.

VI. Informationen

15. W. Wiśniewski — Der polnische Handel mit den entwickelten kapitalistischen Ländern.
16. A. Kwilecki — Die nationalen Minderheiten in Polen.
17. A. Ort — Die politische Wissenschaft in der Tschechoslowakei.

VII. Buchbesprechungen.

VIII. Wissenschaftliche Chronik.